

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XI
<b>Teil I: Einleitungsteil .....</b>	<b>1</b>
<b>A. Einführung in die Thematik .....</b>	<b>1</b>
<b>B. Gang der Darstellung und Skizzierung der Problemschwerpunkte .....</b>	<b>3</b>
<b>Teil II: Die Richtlinie 93/13/EWG des Europäischen Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen .....</b>	<b>7</b>
<b>A. Entstehungsgeschichte von § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB .....</b>	<b>7</b>
I. Inhalt der Richtlinie 93/13/EWG des Europäischen Rates vom 5.4.1993 .....	10
II. Entstehung, Beweggründe und Regelungsdichte der Richtlinie 93/13/ EWG des Europäischen Rates vom 5.4.1993 .....	17
III. Konkrete Umsetzung in nationales deutsches Recht. ....	23
1. Historischer Weg der Umsetzung in Deutschland über § 24a AGBG; Unterschiede des nationalen Gesetzes zur Richtlinie 93/13/EWG des Europäischen Rates vom 5.4.1993 .....	23
2. Umsetzung in anderen europäischen Ländern .....	27
3. Bisherige Rechtsprechung des EuGH zur Umsetzung der Richtlinie 93/13/EWG .....	28
<b>B. Feststellung der bisher geringen praktischen Relevanz von § 310 Abs. 3     Nr. 3 BGB bei der AGB-Kontrolle von Verbraucherverträgen und     deren Gründe .....</b>	<b>30</b>
<b>Teil III: Tatbestand und Rechtsfolge des § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB .....</b>	<b>33</b>
<b>A. Vorliegen eines Verbrauchervertrages .....</b>	<b>33</b>
I. Persönlicher Anwendungsbereich: Verbrauchereigenschaft und Unternehmereigenschaft .....	33
II. Sachlicher Anwendungsbereich: Anwendung auf sämtliche Verbraucherverträge, die allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von § 305 Abs. 1 BGB enthalten .....	40
III. Zeitlicher Anwendungsbereich .....	42
<b>B. Die den Vertragsschluss begleitenden Umstände .....</b>	<b>43</b>
I. In Betracht kommende Umstände .....	43
1. Abstrakte Bestimmung der in Betracht kommenden Vertrags- umstände .....	43
2. Keine allgemeine Billigkeitskontrolle .....	50

3. Berücksichtigung anderer Klauseln desselben Vertrags, Verbindung mit anderen Verträgen . . . . .	51
4. Privilegierung der Preis- und Hauptleistungsklauseln durch Art. 4 Abs. 2 RL . . . . .	54
5. Das sog. Preisargument als ein den Vertragsschluss begleitender Umstand . . . . .	57
II. Konkrete Betrachtung der vertragsabschlussbegleitenden Umstände: Notwendigkeit einer Fallgruppenbildung, eigene Stellungnahme . . . . .	62
1. Werbeaussagen im Sinne von § 434 Abs. 1 S. 3 BGB als den Vertrag begleitende Umstände . . . . .	63
a) Regelungsinhalt von § 434 Abs. 1 Satz 3 BGB . . . . .	63
b) Einordnung von Werbeaussagen i. S. v. § 434 Abs. 1 S. 3 BGB in § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB . . . . .	66
c) Einschränkung der Inhaltskontrolle durch § 307 Abs. 3 BGB und Art. 4 Abs. 2 RL? . . . . .	72
d) Keine zwingend notwendige Gleichbehandlung des Begriffs der Werbeaussagen in § 434 Abs. 1 S. 3 und 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB; Einige mögliche Anwendungsfälle . . . . .	75
2. Die Haftung für vorvertragliches Verschulden aus c.i.c., in concreto fahrlässige Aufklärungspflichtverletzungen als ein den Vertragsschluss begleitender Umstand . . . . .	79
a) Verhältnis von §§ 307, 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB zur culpa in contrahendo; Möglichkeit der Heranziehung identischer Haftungsgrundlagen . . . . .	79
b) Relevante Fallgruppen der culpa in contrahendo . . . . .	86
aa) Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Vertrages . . . . .	91
bb) Fahrlässige „Täuschung“ . . . . .	93
cc) Bankenhaftung für unzulängliche Aufklärung/Beratung im Lichte der Lehman-Insolvenz und Haftung für Kapitalanlagen . . . . .	96
c) Verhältnis von §§ 307, 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB zur c.i.c.: Abgestuftes System einheitlichen Rechtsschutzes . . . . .	117
3. Einflussnahme der lauterkeitsrechtlichen Wertungen des UWG: Verhältnis des AGB-Rechts zum Wettbewerbsrecht . . . . .	118
a) Abgrenzung der verbraucherschützenden Norm des § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB vom Lauterkeitsrecht: Grundsätzliche Möglichkeit der Heranziehung von Wettbewerbsverstößen als vertragsschlussbegleitende Umstände . . . . .	118
b) Unwirksame AGB als Wettbewerbsverstoß nach §§ 3, 4 Nr. 11 UWG? Wechselwirkungsmöglichkeiten von nach §§ 307, 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB unwirksamen AGB und einem daraus folgenden Wettbewerbsverstoß mit den Rechtsfolgen nach §§ 8, 9 UWG . . . . .	135
aa) Rechtslage bis zum 12.6. bzw. 11.12.2007 . . . . .	136
bb) Rechtslage seit dem 12.6. bzw. 11.12.2007 . . . . .	140
III. Zwischenergebnis . . . . .	143

<b>C. (Rechts-)Folgen des § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB</b> .....	144
I. Auswirkungen von § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB auf die Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und auf die Einbeziehungs- kontrolle nach § 305c Abs. 2 BGB .....	144
II. Auswirkung der Klauselrichtlinie bzw. § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB auf die Transparenzkontrolle nach § 307 Abs. 1 S. 2 BGB .....	147
III. Modifizierte Inhaltskontrolle nach § 307 Abs. 1 und Abs. 2 BGB in Form eines zweistufigen Prüfungsprogramms, erst abstrakt-generell, dann konkret individuell, sog. Kombinationsmodell. ....	150
IV. Das Verhältnis der Kontrollstufen – Notwendigkeit der Einschränkung auf für den Verbraucher günstige „den Vertragsschluss begleitenden Umstände“? .....	154
<b>Teil IV: Zusammenfassung, Ergebnisse und Ausblick</b> .....	161
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	167